

Forum: Sozialpolitik

Sozialpolitische Gesellschaft – Arbeitsgemeinschaft Sozialpolitischer Arbeitskreise

www.agspak.de

Dorfstr. 25 – 88142 Wasserburg/B. – Fon/Fax 08382 / 89056 – eMail: agspak@t-online.de

KontoNr. 8822100 Bank für Sozialwirtschaft München BLZ 70020500

„GEMEINWESEN GESTALTEN – LERNEN FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG“

Susanne Elsen

Die Frage lebensdienlichen Wirtschaftens gewinnt angesichts der aktuellen Weltwirtschaftskrise an Bedeutung.

Die Vernichtung gesellschaftlicher Werte, welche wir derzeit erleben, veranlasst hörbar auch politische und ökonomische Kreise, die der neoliberalen Ideologie und Praxis zu ihrem weltweiten, destruktiven Siegeszug verholfen haben, zu ungewohnten Äußerungen. Politische Regulierungen, Schadensbegrenzung und Teilverstaatlichung von Finanzsystemen wird von denen gefordert, die Deregulierung, Flexibilisierung und Privatisierung zugunsten der Entfaltung der Kräfte freier Märkte als einzigen Weg vertreten und auch gegen Widerstände durchgesetzt haben.

Ich mache mir keine Hoffnung, dass die Akteure, die von diesem lebensfeindlichen Wirtschaftssystem profitieren, wirklich gelernt haben dass es politischer Rahmung und Begrenzungen des Marktes und des Schutzes zentraler Lebensbereiche vor dem Marktmechanismus bedarf. Zum jetzigen Zeitpunkt geht es erneut um die Sozialisierung der Schäden, die die reine private Profitmaximierung verursacht hat, eine weitere Spirale der Enteignung von BürgerInnen und Gemeinwesen also. Nicht nur die Wirtschaftskrise selber hat Menschen und Gemeinwesen enteignet, auch die Restrukturierung der neoliberalen Ordnung geht auf Kosten der sozialen Sicherung und Evolution, der gesellschaftlichen Daseinsvorsorge und des Schutzes der ökologischen Lebensgrundlagen. Gesellschaftliche Ressourcen werden nicht eingesetzt um das Gemeinwesen und die Biosphäre, sondern um das gesellschaftszerstörende System wieder herzustellen. So verschärft z.B. die Finanzmarktkrise die akute Welternährungskrise und die von den führenden Industrieländern zugesagten Hilfgelder in Höhe von 12,3 Milliarden Dollar werden zurückgehalten, während das Rettungspaket für die Banken 1000 Milliarden Dollar umfasst.

Wir müssen uns bewusst machen, dass wir derzeit nicht Zeuginnen einer Naturkatastrophe sind, wie Arbeitgebersprecher Sinn es suggeriert, der von unbeeinflussbaren „Systemmechanismen“ spricht und sich damit gegen die Kritik am Verhalten von Managern verwehrt. Die neoliberale Formierung von Ökonomie, Politik, Medien und Gesellschaft wird von realen



Susanne Elsen

Personen durchgesetzt. Es ist Herrn Sinn insofern Recht zu geben, als Manager in diesem Kontext nur als Helfer zu betrachten sind, die die Interessen der ca. 250 Superreichen und Shareholder vertreten, die so viel besitzen, wie mehr als drei Milliarden Menschen, die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung also.

Es gibt keine „ökonomischen Sachzwänge“ und „Systemmechanismen“, die nicht auf bewussten Entscheidungen und Interessenkonstellationen beruhen. Sinns Äußerung verweist auf die charakteristische psychische Dissoziation der Verantwortungsfunktion bei den Mächtigen des Neoliberalismus, die sie entfernt von den realen Opfern ihrer Praxis und einen rein abstrakten Systembezug erzeugt. Es ist die psychosoziale Tiefenstruktur dieser sozioökonomischen Dissoziationsentwicklung, einer radikalisierten Entbettung des Wirtschaftens aus seinen menschlichen Bezügen. Diese Zusammenhänge der Beschädigung von Subjekten

und Gemeinwesen ist grundlegend für das Verständnis unserer Epoche. Darauf verweist u. a. Oskar Negt in seiner Schrift „Arbeit und Menschliche Würde“.

Die Entscheidung, wie wir wirtschaften und leben wollen, ist prinzipiell offen. Es ist jedoch nicht zu erwarten, dass unter den gegebenen Machtverhältnissen, Entscheidungen der Mächtigen in Wirtschaft und Politik zugunsten einer gerechten Teilhabe aller und der erhaltenden Bewirtschaftung der sozialen, kulturellen, ökologischen und ökonomischen Lebensgrundlagen ausfallen werden. Im Gegenteil: Unter den eingetretenen Bedingungen lassen sich Kosten für soziale und ökologische Ziele als nicht verantwortlich ablehnen und aufgrund der Dominanz der naiv betriebswirtschaftlichen Orientierung in weiten Teilen nicht nur der Wirtschaft, sondern der Politik, der Medien und der Wissenschaft, ist kein abgestimmter Widerstand von dieser Seite zu erwarten.

Doch wie so oft in der Geschichte formiert sich dann, wenn eine Entwicklung zu stark in eine Richtung ausschlägt, eine Gegenbewegung. Seit ca. 10 Jahren ist das massive Erstarken von sozialen Bewegungen in der globalen Zivilgesellschaft zu beobachten, deren AkteurInnen weder an die Segnungen der freien Weltmärkte noch an Lösungen durch die politischen Systeme alleine glauben. Sie nehmen die nachhaltige Bewirtschaftung lokaler Ressourcen in die eigenen Hände und bilden mit ihren jeweiligen Ansätzen lebensdienliche Gegenentwürfe zum dominanten lebensfeindlichen Wirtschaftssystem.

Trotz der Unterschiedlichkeit der Formen, Entstehungsorte und -kontexte weisen diese Ansätze deutliche Gemeinsamkeiten auf. In ihrer facettenreichen Vielfalt ist die Gestalt einer Ökonomie des Gemeinwesens zu erkennen, deren einzelne Komponenten sich wie ein lebensdienliches Netz unter dem dominanten destruktiven System zusammenfügen und vernetzen.

Es sind Menschen in den indigenen Ökonomien Lateinamerikas oder Asiens, die unter dem Druck der Enteignungsstrategien durch die Agro- und Holzindustrie ihre traditionelle Wirtschaftskultur als wertvolle, eigenständige und zukunftsfähige Form erkennen, die es zu verteidigen und in weltweiter Kooperation zu stärken gilt. Es sind Menschen in den westlichen

Industriestaaten, die der wachsenden Gefahr der Arbeitslosigkeit und Prekariisierung oder der Privatisierung der Daseinsvorsorge in den Bereichen Wohnen, Bildung, Gesundheit und Soziales mit sozialökonomischen Formen der Selbstorganisation begegnen und es sind Menschen weltweit, die sich dagegen zur Wehr setzen, dass knappe Lebensgüter wie

Boden und Wasser als Waren im Weltmarkt gehandelt und so in den Besitz der meistbietenden, finanzstarker Großkonzerne gelangen.

Ethisch-ökologische Geldanlagen und alternative Währungs- und Banksysteme mit sozialer Bindung erleben derzeit einen weltweiten Boom und der Widerstand gegen die lebensvernichtende Praxis unter dem Schutz des WTO-Abkommens TRIPS verbindet Menschen über die Grenzen von Kulturen und Weltregionen.

Gemeinsam ist diesen Anätzen:

- die Sicherung und erhaltende Bewirtschaftung lokaler Ressourcen,
- die Existenzsicherung von Menschen und Gemeinwesen und die Erhaltung der ökologischen Lebensgrundlagen als zentrale Ziele
- soziale Eigentums- und Nutzungsformen die den Zugang zu lebenswichtigen Grundlagen unabhängig von Kapital

ermöglichen

- die Einbindung des zivilgesellschaftlich getragenen Wirtschaftens in den sozial-kulturellen Lebenszusammenhang des Gemeinwesens,

- die Koordination durch Kommunikation, Kooperation und Solidarität in demokratischen Organisationsstrukturen; Geld hat dienende Funktion,

- die Orientierung an konkreten lokalen und regionalen Bedürfnissen, nicht an abstrakten Märkten.

Mit Schwerpunkt auf Lateinamerika, wo die historischen und aktuellen Verwerfungen Theorien und Praktiken einer an den Bedürfnissen von Menschen orientierten Wirtschaftsweise – der *economía popular y solidaria* – förderten, fügen sich derzeit die verschiedenen Diskurse, Theorie- und Praxisansätze in politischen Öffentlichkeiten für eine andere Globalisierung zusammen. Ein erster Weltkongress zur Solidarökonomie 2006 in Berlin wurde von über 1000 Menschen aus aller Welt besucht. Der Begriff „Solidarökonomie“ ist nicht mehr in dem Maße erklärungsbedürftig wie noch vor kurzer Zeit. Der ökosoziale Aufbruch hat inzwischen sogar in Deutschland versprengt einige Hörsäle der Universitäten erreicht. Auch die Fakultät für angewandte Sozialwissenschaften, an der seit fünf Jahren der europäische Masterstudiengang „Gemeinwesenentwicklung und Lokale Ökonomie“ angeboten wird, gehört dazu.

Auszug aus der Einleitung zum Buch: MACD an der Hochschule München: Gemeinwesen gestalten - Lernen für eine nachhaltige Entwicklung, Neu-Ulm, 2009 Kontakt: www.macd.hm.edu



AUFRUF ZUR 2. WOCHEN DES GRUNDEINKOMMENS

VOM 14. - 20.9.2009

Wir, die Unterzeichner, rufen dazu auf, bei der diesjährigen Aktionswoche zum bedingungslosen Grundeinkommen mitzuwirken. Zeichnen Sie den Aufruf mit und unterstützen Sie die Aktionswoche. Sie soll einen Beitrag dazu leisten, die Diskussion über die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens in die breite Öffentlichkeit zu tragen. Sie soll dabei helfen, aufzuzeigen, dass sich mit einem bedingungslosen Grundeinkommen im Rücken viele Fragen und Probleme, vor denen wir heute stehen, ganz anders darstellen würden. Gerade angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise ist das individuelle Recht auf ein existenzsicherndes Grundeinkommen, das gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht, ein wichtiges Signal, das neue Chancen und Möglichkeiten eröffnet. Interessierte können sich über die Web-

site www.woche-des-grundeinkommens.eu informieren und ihre Aktivitäten dort veröffentlichen. Dort kann auch online mitgezeichnet werden. Die Seite dient zur Information über Veranstaltungstermine, als Ideenbörse sowie zum Austausch über Veranstaltungsformen – Events, Workshops, Vortragsveranstaltungen, Podiumsdiskussionen, Demonstrationen, künstlerische Aktionen, Filmvorführungen. Der Fantasie sind keine Grenzen gesetzt! Neue Wege erfordern Engagement. Machen Sie mit, bringen Sie sich dort ein, wo Sie leben. Lassen Sie uns gemeinsam darüber nachdenken und diskutieren, welchen Beitrag ein bedingungsloses Grundeinkommen zu einem freiheitlich-demokratischen und solidarischen Zusammenleben leisten kann! www.woche-des-grundeinkommens.eu

Erscheint zur Woche des Grundeinkommens
herausgegeben von Netzwerk Grundeinkommen

**Kleines ABC
des bedingungslosen
Grundeinkommens**



bei AG SPAK Bücher
www.agspak-buecher.de

AG SPAK Sommertreffen 17. -19. Juli 2009 Villa Locomuna, Kassel

„Die“ Spak ist eine liebevolle Erinnerung an frühere Zeiten mit Vertretertag, Projektbereichssprecherinnen, Ekolls und natürlich den Projektbereichen. Diese Zeit ist wohl endgültig vorbei. Trotzdem bleibt unser guter Ruf, der uns immer wieder mal begegnet – und natürlich die Dinge, die heute noch existieren. Da ist die SG – ein Verein, der praktisch auf ein loses Netzwerk hinausläuft und mit dessen Mitgliederbeiträgen im wesentlichen zwei Dinge unterstützt werden: - die Herausgabe von sozialpolitischen Büchern - den dicken Knoten des Netzwerkes mit seinen Infomodulen homepage, forum:sozialpolitik und Büro.

Dazu soll die neue Struktur diskutiert werden. Um die SPAK zu entwickeln, ist das jährliche Treffen notwendig. Gemeinsame Projekte besprechen Spak-Treffen, Sopofo, Netzknoten, Verlag mit seinen Buchprojekten, Neue Chance, TAK AÖ, Bibliothek Rolf Schwendter, und natürlich die der TeilnehmerInnen und eventuell neue Projekte.

Die AG SPAK ist ein Netzwerk von Menschen aus verschiedenen sozialpolitischen Arbeitsfeldern, das

- sozialpolitische Diskussionen und Entwicklungen mit Veröffentlichungen fördert
- Projekte unterstützt durch Trägerschaft (Neue Chance, TAK AÖ), Öffentlichkeitsarbeit (homepage, newsletter) und Weiterbildung (Seminare und Ratgeber)
- Netzwerkpflge durch Sommertreffen/Sopofo und Büro pflegt.

In der Diskussion sind Weiterentwicklungen:

- eine mögliche Trägerschaft des MACD Studiengangs
- Förderungen an innovative sozialpolitische Projekte vergeben
- neue Seminare anbieten
- weiterführen des TAK AÖ als Träger des Projektes „Solidarische Ökonomie sichtbar machen“

Info und Anmeldung bei Dieter Koschek, Dorfstr. 25, 88142 Wasserburg, agspak@t-online.de

www.agspak.de

Aktuelles aus dem sozialpolitischen Geschehen finden Sie unter www.agspak.de im neuen Design. Dieter Koschek hat sich mit Waldemar Schindowski eingearbeitet und den neuen Webauftritt in die Gänge gebracht. Viel Spaß beim Lesen. Eine weitere Ausbaustufe ist angedacht um die website zum Vernetzungsorgan auszubauen.

Alternative Ökonomie auf der www.agspak.de

Auf unserer neuen website soll die Solidarische Ökonomie sichtbar sein. Neben Meldungen aus der Szene gibt es Links, und Betriebe und Projekte werden vorgestellt. Das Projekt ist im Prozess und wird sich langsam ausweiten.



„Solidarische Ökonomie sichtbar machen“

Das Projekt umfaßt derzeit zwei Dinge:

1. Das Buch „Wegweiser Solidarische Ökonomie“ von Elisabeth Voss gibt eine kurze Übersicht zum Thema und den existierenden Projekten.
2. Auf www.agspak.de gibt es einen Schwerpunkt „Solidarische Ökonomie“ mit aktuellen Meldungen, Links und Projektvorstellungen.

Kontakt: Dieter Koschek, agspak@t-online.de



Kampagne für Belegschaftsübernahmen

Am 4./5. Juli gab es in Berlin ein offenes Treffen zur Gründung einer Kampagne für Belegschaftsübernahmen von Krisenbetrieben. Alle Interessierten waren herzlich eingeladen, bei der Entstehung einer möglichst breiten und starken Kampagnengruppe dabei zu sein.

Hintergrund

Wir erleben derzeit die erste Wirtschaftskrise seit 1929, die in den Zentren des globalen Kapitalismus ausbricht. Damit öffnet sich ein Fenster mit einmaligen Chancen für eine Transformation der Wirtschaft nach sozialen, ökologischen und demokratischen Gesichtspunkten, das derzeit kaum genutzt wird. Die deutsche Wirtschaft wird in diesem und im nächsten Jahr in ganz besonderem Ausmaß von der Krise betroffen sein. Für 2009 ist eine Schrumpfung der Wirtschaft von 6% prognostiziert. Dabei stehen Millionen von Arbeitsplätzen auf dem Spiel.

Worum geht es konkret?

Was wir wollen ist die Schaffung geeigneter Grundlagen für Belegschaftsübernahmen von Krisenbetrieben in Deutschland als ein Baustein für eine Solidarische Ökonomie.

Inspiriert sind wir durch das italienische Marcora-Gesetz, das eine gesetzliche Grundlage für die Übernahme und Überführung solcher Betriebe in selbstverwaltete Genossenschaften bietet. Auf dieser Basis sind in Italien schon viele Betriebe und Arbeitsplätze gerettet worden. (Uns geht es natürlich nicht darum, dieses Gesetz 1:1 nach Deutschland zu holen.)

Mit solidarökonomischen Ansätzen wollen wir eine passende emanzipatorische Antwort jenseits willkürlich wirkender staatlicher Unterstützung einzelner großer Krisenbetriebe und Banken finden und dazu eine Kampagne entwickeln. Für die Moderation des Kampagnen-Auftakt-Treffens haben wir eine Expertin für Kampagnenarbeit aus Kassel gewinnen können.

Für Rückfragen bitte Steffen Stierle kontaktieren: steffen@attac.de; Tel. 0170/4451755. Wer Interesse hat, möge sich bitte ebenfalls mit uns in Verbindung setzen. <http://www.attac-netzwerk.de/ag-solioeko/marcora/>

attac-Sommerakademie

Attac-Sommerakademie und Ratschlag in Karlsruhe 4. bis 9. August 2009

Die Vorbereitungsgruppe arbeitet an einem vielfältigen und spannenden Programm für den Attac-Bildungsklassiker, in dem bewährte Inhalte neben vielen neuen Themen und Methoden stehen werden. Weitere Aktive, die sich in die Programmgestaltung einbringen wollen, sind willkommen! www.attac.de/sommerakademie

KEIN MENSCH IST »ASOZIAL«

Anne Allex

Aktion »Arbeitsscheu Reich«

Wandererfürsorgeverbände hatten sich jahrzehntlang um ein besonderes »Reichswandergesetz« bemüht. Dies schien am Jahresbeginn 1938 endlich erfolgreich zu sein, denn im Reichsinnenministerium lag ein entsprechender Referentenentwurf vor, und es fand noch im Januar eine große Sachverständigenkonferenz statt. Das Gesetz sollte am 1. Juli 1938 in Kraft treten. Wie Wolfgang Ayaß in seinem Vortrag über Bettler und soziale Außenseiter im Nationalsozialismus am 26. Januar 2008 ausführte, kam es ganz anders: Im engeren Führungszirkel der Nationalsozialisten war beschlossen worden, das »Asozialenproblem« nun polizeilich mit Hilfe der Geheimen Staatspolizei und der Kriminalpolizei zu »lösen«. Auf der ideologischen Grundlage der Rassentheorie und der Auffassung vom »gesunden Volkskörper« verkündete Heinrich Himmler am 26. Januar 1938 den Erlass »Schutzhaft gegen Arbeitsscheue«. Dabei band er von Anfang an die Arbeitsverwaltung in die Aktion mit ein:

1.»Arbeitsscheue im Sinn dieses Erlasses sind Männer im arbeitsfähigen Lebensalter, deren Einsatzfähigkeit in der letzten Zeit durch amtsärztliches Gutachten festgestellt worden ist oder noch festzustellen ist, und die nachweisbar und in zwei Fällen die ihnen angebotenen Arbeitsplätze ohne berechtigten Grund abgelehnt oder die Arbeit zwar aufgenommen, aber nach kurzer Zeit ohne stichhaltigen Grund wieder aufgegeben haben.

2.Die örtlich zuständigen Arbeitsämter sind bereits angewiesen, die ihnen bekannten Arbeitsscheuen in der Zeit vom 18. Februar bis 3. März 1938 zu ermitteln und den Staatspolizei(leit)stellen mitzuteilen. (...)

3.Nach Abschluss dieser Aktion sind weitere noch bekannt werdende Fälle von den Staatspolizei(leit)stellen abzugeben, an die auch dann die Arbeitsämter ihre Meldungen übersenden.«

Bald nach dem Erlass vom 26. Januar »im zeitigen Frühjahr« wies Präsident Syrup die Arbeitsämter an, »die arbeitseinsatzmäßige Erfassung der Insassen von Herbergen, (...) – notwendigenfalls durch polizeiliche Zwangsmaßnahmen gegen arbeitsunwillige Wanderer – sicherzustellen.«

»Am 28./29. Januar 1938 wurden im Reichsgebiet noch 22946 Wanderer (in Wanderarbeitsstätten, Herbergen zur Heimat, Arbeiterkolonien, Wanderhöfe) gezählt: ca. 59 Prozent waren voll arbeitsfähig, ca. 18 Prozent leicht arbeitsbeschränkt.« »Freilich kann man den Wanderer im überwachten Gruppeneinsatz ohne weiteres im Straßenbau oder bei Kultivierungsarbeiten verwenden.« Vermutlich wegen der Vorgänge um die Annexion Österreichs im März 1938 wurde die Aktion »Arbeitsscheu Reich« zweimal verschoben: zunächst auf den 14. bis 19. März 1938, danach auf den 21. bis 30. April 1938. Am 21. April 1938 deportierte die Geheime Staatspolizei nach einer großen Razzia mehr als 2000 »Asoziale« in Konzentrationslager – hier vor allem Wohnungslose und Bettler. Im Morgengrauen des 13. Juni 1939 begannen Kriminalpolizeibeamte im gesamten Reich mit der Verhaftung von »Asozialen«, die sie in Bahnhofshallen, Nachtasylen und Einrichtungen der Wohnungslosenfürsorge vorfanden. »Insbesondere ließ sich die Kriminalpolizei jedoch »Asoziale« von den örtlichen Fürsorgeämtern und von der Arbeitsverwaltung melden.« »Die Verhafteten der Juni-Aktion der Kriminalpolizei brachte man zunächst in die Konzentrationslager

Buchenwald, Dachau und Sachsenhausen.« Insgesamt sollen dies mehr als 10000 Menschen gewesen sein.

Im NS-Staat als »asozial« Stigmatisierte Im NS-Staat war »asozial« gleichbedeutend mit »gemeinschaftsfeindlich«. Unter diesen auslegbaren Begriff fielen nach Wolfgang Ratzel »Erbkranke« (»Schwachsinnige«, »Manisch-Depressive«, »Epileptiker«, »Veitstänzer«, »Taube«, »Missgebildete«, »Alkoholiker«), »Antisoziale« (»Berufsverbrecher«, »Gemeinschaftsfremde« [hierunter auch »asoziale Großfamilien«]), »Asoziale« (»Arbeitsscheue«, »Trinker«, »Unterhaltsschuldner«, »Homosexuelle«, »Landstreicher«, »Bettler«, »Zigeuner«, »Dirnen«) und »Arbeitsbummelanten« (»Arbeitsvertragsverweigerer«, »Arbeitsmoraluntergrabende«, »Arbeitsunlustige«). Menschen mit solchen Eigenschaften, gesundheitlichen Merkmalen, mit solchen Jobs oder in solchen Zuständen galten nach der NS-Rechtsordnung als kriminell. Zudem konnten Menschen willkürlich gegenüber der Kriminalpolizei belastet werden, eine dieser Gruppen zugehörig zu sein.

Diese Aufgliederung beschränkte sich nicht auf Zuschreibungen wie »un-« oder »antisozial«. Menschen mit körperlichen Defiziten, gesundheitlichen Einschränkungen, Verhaltensauffälligkeiten und Suchtkrankheiten finden sich unter dem Begriff ebenso wieder wie solche, denen »Arbeitsunlust« angedichtet wurde. Der im Alltagsbewusstsein präsente Begriff »Asozial« geißelte das »Nicht-Einer-Arbeit-Nachgehen« als antisozial, weil dies Verhalten nicht normgerecht der herrschenden Arbeitsmoral entsprach und die Ursache von Erwerbslosigkeit nicht in den gesellschaftlichen Verhältnissen gesucht wurde. Der Hintersinn von »Asozial« schrieb Erwerbslosen und Nichterwerbsfähigen die Schuld für ihre »Nichtteilnahme an der Arbeit« zu. Es gab weder die gedankliche noch die faktische Möglichkeit, nicht erwerbsfähigen Menschen ihr Leben »ohne Gegenleistung an die Gesellschaft« zuzugestehen. Sie wurden deshalb damals als »nicht gemeinschaftsfähig« und als »Randgruppen« oder »Unterschichten« bezeichnet. In seiner Verallgemeinerung richtete sich das Stigma »Asozial« mit all seinen Interpretationen gegen alle Einkommensarmen, Erwerbslosen und solche Menschen, die aufgrund ihrer biologischen Natur keinem »leistungsfähigen« Normalo entsprachen oder Sucht- bzw. Krankheiten hatten.

Der Arbeitskreis »Marginalisierte – gestern und heute!« wendet sich gegen die Begriffsverwendung und gegen ein Denken, welches Menschen in »nützlich« und »nicht nützlich« bzw. »hoch- oder minderwertig« einteilt.

Auszüge aus einem Beitrag im express, Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, 5/08
Webseite des Arbeitskreis: marginalisierte.de

BUCHPROJEKT: AUSGESTEUERT-AUSGEGRENZT

FIKTION „ASOZIAL“

UNTERSTÜTZUNG GESUCHT

Der Arbeitskreis „Marginalisierte - gestern und heute!“ befasst sich mit der Geschichte der Unangepassten und Missliebigen, insbesondere der Aufklärung über die Verfolgung und Vernichtung so genannter Asozialer im Nationalsozialismus. (siehe oben)

Im geplanten Buch werden Kontinuitäten und Brüche dieser Entwicklung bis in die Gegenwart hinein unter den Fragestellungen „Wer ist ‚nützlich‘?“ und „wer ist ‚minderwertig‘“ diskutiert.

Für dieses Projekt brauchen wir dringend weitere Unterstützung durch Menschen, die das Thema spannend finden und die Veröffentlichung unterstützen wollen. Interessierte setzen sich mit Waldemar Schindowski in Steinheim (07308-919261) in Verbindung.